

STADT BURGKUNSTADT



AUSZUG AUS DEM SITZUNGSBUCH

des Stadtrates

Sitzung am: 17.08.1999

Die Sitzung war öffentlich

Antrag des Bund Naturschutz - Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen

Sachverhalt

Der Bund Naturschutz, Kreisgruppe Lichtenfels, hat mit Schreiben vom 27.07.1999 beantragt, dass von der Stadt Burgkunstadt ein Beschluss gefasst wird, daß auf kommunalen Flächen keine Gentechnik zum Einsatz kommt. Weiter bitten sie um einen Beschluß, dass sich die Stadt dafür einsetzt, dass von den Landwirten generell keine Gentechnik zum Einsatz kommt.

Der Antrag des Bund Naturschutz liegt in Kopie den Stadträten vor.

Das Thema Gentechnik wird in der Öffentlichkeit zur Zeit sehr heftig diskutiert. Dem Umstand, dass über die Folgen der Gentechnik noch keine Erfahrungswerte vorliegen, steht die Aussage entgegen, dass durch den Einsatz von Gentechnik Tausende von Tonnen an Pestiziden und Insektiziden eingespart werden können und somit die Umwelt entlastet wird.

Eine Rücksprache mit dem Bayerischen Bauernverband brachte als Ergebnis, dass die Landwirte in einigen Jahren, wenn die Erforschung der Gentechnik abgeschlossen ist und diese möglicherweise flächendeckend zum Einsatz kommt, einen Standortnachteil im Vergleich zum anderen europäischen Ausland haben könnten, sollte der Einsatz der Gentechnik in Deutschland verboten werden, die Einfuhr von derartigen Produkten aber weiterhin erlaubt sein.

Nach dem jetzigen Stand können Produkte mit Gentechnik in den Verkehr gebracht werden, müssen aber für den Verbraucher als solche gekennzeichnet werden.

Nachdem die Problematik Gentechnik eine politische Entscheidung ist, die auf Bundesebene oder mindestens auf Landesebene getroffen werden muß, schlägt die Verwaltung vor, daß bei zukünftigen Pachtverträgen für landwirtschaftliche Flächen ein Verbot für die Anwendung gentechnisch behandelten Saatgutes aufgenommen werden sollte, bis eine generelle politische Entscheidung getroffen wird.

Die Fraktionsvorsitzenden stellen in ihren Stellungnahmen fest, daß der Vorschlag der Verwaltung eine praktikable Lösung ist, bis eine allgemein gültige Regelung gefunden wird. In den Beschluß sollte auch die EU-Ebene mit aufgenommen werden.

Beschluß

Der Stadtrat beschließt, dass in zukünftige Pachtverträge oder bei Verlängerungen der Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen aufgenommen wird, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen untersagt wird. Diese Regelung gilt solange, bis auf EU-, Bundes- oder Landesebene grundsätzliche gesetzliche Regelungen über den Einsatz von Gentechnik getroffen werden.

Abstimmresultat:

Anwesend : 12
Ja-Stimmen : 12

Die Übereinstimmung dieses Auszuges mit der Urschrift wird hiermit amtlich beglaubigt.
Burgkunstadt, den 20.09.99

i.A.


Beate Kahis/V. Ang.

